



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in die feministische Diskussion relevanter Themen aus dem Bereich „Gender & Development“ – Argumente gegen Genderblindheit und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 4/2020

Gender & Covid-19-Krise

Einleitung

Die Corona-Pandemie hat die Welt in einen Ausnahmezustand versetzt. Während im globalen Norden sehr rasch öffentliche Mittel mobilisiert wurden, sind Menschen, die in Armut im globalen Süden leben, darunter überproportional viele Frauen, in der Krise besonders vulnerabel: wegen des eingeschränkten Zugangs zur Gesundheitsversorgung, kombiniert mit der Existenzbedrohung durch die Ausgangssperren.

Wie unter einer Lupe werden durch die Krise strukturelle globale Probleme sichtbar, insbesondere die unterfinanzierten Gesundheits- und Pflegesysteme, der Mangel an sozialer Sicherheit, Gewalt gegen Frauen, die hohe Abhängigkeit von globalen Lieferketten und die Beeinträchtigung der Ernährungsgrundlagen durch Umweltzerstörung.

Während es in Österreich nur wenig Berichterstattung zur schwierigen Lage in Ländern des globalen Südens gibt, wurden hierzulande – zumindest zu Beginn der Krise – plötzlich Arbeitsfelder ins Licht gerückt, die ansonsten unsichtbar sind, so die (vielfach migrantische) Frauenarbeit in der Pflege, in Supermärkten oder im Reinigungsbereich.

Aufgrund des Rückgangs an wirtschaftlicher Aktivität ist plötzlich die Luft in den Städten sauberer; der Lärmpegel geringer; weniger Öl wird verbrannt – der Zusammenhang zwischen unserer „normalen“ Form des Wirtschaftens und der Umweltbelastung bis hin zur -zerstörung ist unmittelbar erkennbar.

Die Corona-Pandemie hat auch den schon fast totgesagten Staat als zentralen Akteur der Gestaltung des gesellschaftlichen

Zusammenlebens wieder sichtbar gemacht und wir sehen, dass – wenn es darauf ankommt – staatliches Handeln auch bei tiefgreifenden Folgen für die Gesellschaft möglich und ganz wesentlich ist.

Welche sozialen und politischen Folgen globale Massenarbeitslosigkeit und die Weltwirtschaftskrise im Gefolge von Covid-19 haben werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen; nationalistische und undemokratische Tendenzen drohen sich zu verstärken, und die Krise selbst bringt einen frauenpolitischen Backlash mit sich – Stichwort Home-Office mit Kinderbetreuung.

In diesem WIDE-Update beschäftigen wir uns mit Analysen zu den Folgen der Corona-Krise aus entwicklungspolitisch-feministischer Perspektive. Es werden Briefings von internationalen Agenturen und feministischen NGOs vorgestellt, in denen kurz- und mittelfristige Folgen der Corona-Krise für Frauen in Ländern des globalen Südens und notwendige Maßnahmen aufgezeigt werden.

Zudem geht es um die längerfristigen Folgen und die Kosten der Krisenbewältigung. Viele Frauenorganisationen aus Asien, Afrika und Lateinamerika fordern eine systemische Umorientierung hin zu einer anderen Ökonomie, in der existenzsichernde Löhne bezahlt werden, Bildung und menschliche Sorge-Arbeit wertgeschätzt und die Ressourcenausplünderung und Umweltzerstörung beendet wird. Da derzeit sehr viel öffentliches Geld in die Hand genommen werden muss, wird gefordert, öffentliche Investitionen so zu tätigen, dass zugleich Weichenstellungen in Richtung Nachhaltigkeit vorgenommen werden.

Sehr ist jetzt auch darauf zu achten, dass die Kosten der Krise nicht auf die ärmeren

Bevölkerungsschichten übergewälzt werden; es gilt, für eine faire Lastenverteilung einzutreten und zu kämpfen.

Das WIDE-Update gliedert sich in drei Abschnitte: Zu Beginn stehen Beiträge, in denen es um die unmittelbaren Folgen von der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung auf Frauen* in Ländern des globalen Südens geht. Im zweiten Teil (ab S.10) geht es um feministische Forderungen betreffend makroökonomische Zusammenhänge und Finanzierungsfragen, und im dritten Teil (S.15) werden einige genderspezifische Tools für die praktische Arbeit in der Corona-Krise präsentiert.

1. UNMITTELBARE FOLGEN VON COVID-19 AUF FRAUEN*

Mitsprache von Frauen bei der Corona-Bekämpfung gefordert

Wie so oft zu Krisenzeiten übernehmen Frauen und Mädchen auch im Umgang mit der Coronavirus-Pandemie weltweit wichtige Rollen. Sie versorgen Kranke sowie ältere und pflegebedürftige Angehörige. Sie sind es zumeist, die die Kinder betreuen, sich um die Schulbildung kümmern und grundlegend zum Überleben der Familie beitragen, indem sie etwa den Haushalt erledigen oder (vermehrt) Wasser holen. Obwohl Frauen und Mädchen durch die zusätzlichen Aufgaben oft mehrfach belastet sind und sie durch manche Auswirkungen der Präventionsmaßnahmen erhöhten Risiken ausgesetzt sind, tragen sie zugleich in großem Maße zur Eindämmung von Covid-19 bei. So stellen Frauen weltweit ca. 70% der Arbeitskräfte im Gesundheits- sowie im sozialen Sektor. Auch sind es oft Frauengruppen, die in den lokalen Gemeinden Informationen zu Schutzmaßnahmen verteilen.

Vor diesem Hintergrund stellen internationale und nationale Organisationen der Zivilgesellschaft eine Vielzahl an Forderungen. Sie sollen dazu beitragen, dass es einen lokal geführten und geschlechtsspezifischen Umgang mit der Coronavirus-Pandemie gibt, der die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt, insbesondere die der am meisten gefährdeten. Hierfür müssen das Fachwissen und die Erfahrungen von Frauen wirkungsvoll in alle relevanten Entscheidungsprozesse einfließen.

Es wird daher gefordert, dass bewusst Bedingungen geschaffen werden, die die aktive Beteiligung von Frauen in allen Sektoren und Maßnahmen fördern und es ihnen ermöglichen, auch Führungspositionen einzunehmen. Zugleich wird betont, dass Frauenorganisationen in ihrer wichtigen Arbeit gestärkt werden müssen – ohne dass dadurch jedoch Risiken auf sie abgewälzt werden. Der Zugang zu medizinischer Versorgung muss gesichert werden und dabei auch Dienstleistungen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zum Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt bereitgestellt werden. Es wird darauf hingewiesen, das weibliches Gesundheitspersonal entsprechend geschützt und unterstützt werden müsse, was auch eine angemessene Bezahlung beinhaltet.

Die Erhebung von disaggregierten Daten, die Erstellung von Gender-Analysen und die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel sind Grundlage für eine erfolgreiche Eindämmung von Covid-19, die den jeweiligen Kontexten angemessen ist und potenzielle negative Auswirkungen vermeidet. Unter Berücksichtigung dieser und anderer Forderungen, birgt die Coronavirus-Pandemie auch eine Chance, sozioökonomische Dynamiken zukünftig geschlechtergerechter zu gestalten.

Reliefweb (19.3.2020): [The COVID-19 Outbreak and Gender: Key Advocacy Points from Asia and the Pacific](#)

CARE & International Rescue Committee (2020): [Global Rapid Gender Analysis for COVID-19](#)

CARE (31.3.2020): [CARE COVID-19 ADVOCACY POSITION PAPER: Ensuring a Covid-19 local-led and gendered response that meets the needs of all people, including those most left behind](#)

Action Aid (30.3.2020): [Women lead ActionAid's response to Covid-19 crisis](#)

UN Women: Gendergerechte Covid-19 Maßnahmen

UN Women hat eine eigene Fokus-Website mit Appellen und Videos von UN-Führungspersonlichkeiten, Berichten und Neuigkeiten aus verschiedenen Ländern, geschlechtsspezifischen Daten und Statistiken aber auch Policy Briefs und Manuals mit konkreten Handlungsvorschlägen zusammengestellt, damit Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 geschlechtergerecht konzipiert und umgesetzt werden. Phumzile Mlambo-Ngcuka, Exekutiv-Direktorin von UN Women betont die prekäre

Lage von Menschen im informellen und anderen schlecht bezahlten Sektoren im globalen Süden, welche zu einem hohen Anteil Frauen umfassen, die ohne Unterstützung und Schutz den wirtschaftlichen Folgen der Krise ausgeliefert sind. Sie bezieht sich stark auf *lessons learned* aus dem Ebola-Ausbruch (Westafrika) und der Zika-Epidemie (Lateinamerika) in Hinblick auf besondere Risiken und Herausforderungen für Frauen, welche in der jetzigen Krise jedenfalls Berücksichtigung finden sollten.

UN-Women stellt auch einen spezifischen Programm-Vorschlag (März 2020) zu „*Gender-responsive prevention and management of the COVID-19 pandemic: From emergency response to recovery & resilience*“ mit einem Budgetvolumen von 70 Millionen USD über die Laufzeit von einem Jahr vor, welcher gemeinsam von UN Organisationen, Regierungen und der Zivilgesellschaft in 20 Ländern umgesetzt werden soll.

UN-Women hat in diesem Zusammenhang fünf kritische Bereiche identifiziert, die für Frauen und Mädchen besonders relevant sind und die in allen umfassenden Reaktionsplänen berücksichtigt werden müssen:

- Erhöhte Risiken für geschlechtsspezifische Gewalt im Rahmen von Maßnahmen zur Bekämpfung von Pandemien.
- Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der ärmsten Frauen und Mädchen.
- Ungleiche Verteilung von Pflege- und Hausarbeit.
- Die Stimmen von Frauen und Mädchen, insbesondere von den am meisten vernachlässigten Gruppen, werden für eine informierte und effektive Maßnahmenplanung nicht berücksichtigt.
- Politische Reaktionsmechanismen enthalten keine geschlechtsspezifischen Analysedaten oder geschlechtsspezifischen Pläne.

Ein besonderes Anliegen ist es für UN-Women, geschlechtsspezifischen Analysedaten (Gender Data) und Indikatoren zu Covid-19 zusammenzutragen und auch selbst beizusteuern, um so eine gute Datengrundlage für Entscheidungen und Maßnahmen zu liefern. Diese Daten sollen dazu beitragen ein klareres Bild zu erhalten wie sich die Situation entwickelt, einschließlich unterschiedlicher Infektionsraten,

unterschiedlicher wirtschaftlicher Auswirkungen, unterschiedlicher Pflegebelastung und Häufigkeit von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch.

UN-Women hat bereits eine Reihe von Infographiken zu vorliegenden, nach Geschlecht aufgeschlüsselten, Daten zusammengestellt, mit einem Fokus auf Health Care Workers (Link siehe unten). Die Publikationen von UN-Women zu Covid-19 werden laufend ergänzt.

UN-WOMEN (o.J.): [In Focus: Gender equality matters in COVID-19 response](#)

UN WOMEN (o.J.): [COVID-19: Emerging gender data and why it matters](#)

UN WOMEN (13.4.2020): [COVID-19 and gender: What do we know; what do we need to know?](#)

UN: Briefing zu Covid-19 und Frauen

UN Generalsekretär António Guterres warnt, dass bei schlecht koordinierten Covid-19-Maßnahmen die Gefahr besteht, dass globale Ungleichheiten weiter vertieft werden, wodurch hart erkämpfte Entwicklungsfortschritte und Armutsbekämpfung rückgängig gemacht werden. In einem Briefing Paper des Generalsekretärs werden die Auswirkungen von Covid-19 auf das Leben von Frauen und Mädchen in den gesellschaftlichen Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, unbezahlte Fürsorgearbeit und in Bezug auf gender-basierte Gewalt aufgezeigt. Darauf aufbauend werden drei ineinandergreifende Prioritäten vorgestellt, die beim Ergreifen von kurzfristigen wie auch langfristigen Maßnahmen handlungsweisend sein sollen:

- Frauen sollen gleichberechtigt an allen Diskussionen, Planungsmaßnahmen und Entscheidungen rund um Covid-19 teilhaben
- Der Wirtschaftszweig der bezahlten und unbezahlten Fürsorgearbeit soll neu verhandelt werden
- Alle sozioökonomischen Auswirkungen von Covid-19 sollen durch eine Genderbrille betrachtet werden. Wirtschaftsankreize und -hilfspakete sowie soziale Unterstützungsmaßnahmen sollen zu mehr Gleichheit, Chancenvielfalt und sozialer Absicherung führen.

UN (8.4.2020): [UN Secretary-General's policy brief: The impact of COVID-19 on women](#)

Migrantinnen als Pflegekräfte an der vordersten Front

Da die Pandemie nach wie vor weitreichende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt weltweit hat, gehören Wanderarbeitnehmer*innen zu denjenigen, die die Hauptlast der Krise tragen. Aufgrund unangemessener Lebensbedingungen, harter Eindämmungsmaßnahmen, eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsversorgung und Basisdienstleistungen, schlechten Arbeitsbedingungen und ausbeuterischen Arbeitssystemen haben Menschenrechtsgruppen davor gewarnt, dass diese unverhältnismäßig stark von den Auswirkungen der Pandemie bedroht sind.

Weltweit ist das Gesundheitssystem auf MigrantInnen angewiesen – vor allem auf weibliches Gesundheitspersonal, welches 70 Prozent der globalen Arbeitskräfte in diesem Bereich ausmacht. Diese Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig bezahlte und unbezahlte Pflegearbeit ist und wie die Bewegungsfreiheit von Migrant*innen in Krisenzeiten flexibler sein kann, als wie die Politik sie vorgibt. Um die Krise zu bewältigen, wurden in den letzten Wochen die Beschränkungen für im Ausland ausgebildetes und geborenes Gesundheitspersonal in Ländern mit hohem Einkommen aufgeweicht. Arbeitskräfte wurden aus Übersee in schwer betroffene Länder eingeflogen und die internen Beschränkungen wurden aufgehoben.

Langfristig werden Länder mit hohem Einkommen bilaterale Abkommen mit den Herkunftsländern entwickeln müssen, um potenzielle Gesundheitsfachkräfte in den in beiden Ländern benötigten Bereichen auszubilden.

Die Krise bietet eine einzigartige Gelegenheit, Investitionen im Gesundheits- und Pflegesektor zu priorisieren. Kurzsichtige Politiken, die keine Umverteilung unbezahlter Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern, zwischen Familien und Staat in Angriff nehmen, sind nicht länger eine tragfähige oder nachhaltige Option. Wenn das Ziel ist, aus dieser Krise mit einer gleichberechtigten Gesellschaft herauszukommen, müssen Frauen (auch Migrantinnen) in die Neugestaltung der Arbeitswelt nach Covid-19 vollkommen einbezogen werden.

ILO (7.4.2020): [Women health workers: Working relentlessly in hospitals and at home](#)

Center for Global Development (2.4.2020): [Migrant Health Workers Are on the COVID-19 Frontline. We Need More of Them.](#)

Business & Human Rights Resource Centre (o.J.): [COVID-19 \(Coronavirus\) Outbreak: Migrant workers](#)

Fatale Folgen für sexuelle und reproduktive Gesundheit, insbesondere Müttergesundheit

UNFPA weist darauf hin, dass in der derzeitigen Krise der Zugang zur medizinischen Versorgung in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit bedroht ist. Akut von Risiken betroffen sind unter anderem Schwangere und Gebärende sowie Menschen mit HIV.

Es besteht die Gefahr, dass die Müttersterblichkeit in Ländern mit ohnehin unzureichender medizinischer Versorgung stark ansteigt; Vergleichsdaten lassen befürchten, dass die Zahl der Frauen, die durch nicht oder nicht rechtzeitig behandelte Schwangerschafts- oder Geburtskomplikationen sterben, in manchen Gebieten massiv zunehmen könnte.

Grund dafür sind einerseits Ausgangsbeschränkungen, die Frauen den Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft und Geburtshilfe erschweren; manche Frauen haben auch Bedenken, dass sie sich während Untersuchungen oder Geburten in Gesundheitszentren anstecken könnten. Eine steigende Anzahl von Geburten findet daher in ungeeigneter Umgebung und ohne ausgebildete Geburtshelfer*innen statt.

Andererseits werden aktuell Ressourcen für sexuelle und reproduktive Gesundheit in die Pandemieresponse abgezogen.

Eine Gruppe von 12 NGOs in Uganda hat kürzlich darauf hingewiesen, dass die Weltbank 15 Millionen US-Dollar aus dem Budget für die Unterstützung von Maßnahmen in den Bereichen reproduktive Gesundheit, Müttergesundheit und Kindergesundheit in Covid-19 Bekämpfung umgeleitet hat und gefordert, die Ressourcen weiterhin für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung von Frauen und Kindern sowie Menschen mit HIV/AIDS im Rahmen der Covid-19-Response bereitstellen müssen. Menschen mit HIV/AIDS sind akut betroffen, weil die Mittel für die Finanzierung

antiretroviraler Therapien nicht mehr gesichert sind.

HEALTH GAP (14.4.2020): [Open Letter from Civil Society to the World Bank regarding the COVID-19 response in Uganda](#)

UNFPA: [COVID-19: A Gender Lens. Protection sexual and reproductive health and rights, and promoting gender equality. March 2020](#)

UNFPA (26.3.2020): [Women, girls, health workers must not be overlooked in global COVID-19 response](#)

World Economic Forum (2.4.2020): [The COVID-19 pandemic could have huge knock-on effects on women's health, says the UN](#)

Wo sind die Frauen und Mädchen mit Behinderung?

Die durch das Coronavirus verursachte Krise veranlasste die Behörden in vielen Ländern dazu, drastische Maßnahmen zur Durchsetzung der Zwangsisolation zu ergreifen. Es ist von entscheidender Bedeutung dafür zu sorgen, dass die Rechte von Menschen aus marginalisierten Gruppen – deren Existenzgrundlage am stärksten betroffen ist und deren Gesundheitsbedürfnisse oft übersehen werden – oberste Priorität haben.

Die Rechte am Schnittpunkt von Geschlecht und Behinderung werden häufig vernachlässigt. Ana Peláez Narváez, Vizepräsidentin des European Disability Forum, zeigte sich enttäuscht, dass der einzige Hinweis, den UN Women auf Behinderung gibt, die Betreuerinnen betrifft. Deren Rolle bei der Bewältigung dieser Krise ist entscheidend, aber wo sind die 19,2% der weiblichen Gesamtbevölkerung – Frauen und Mädchen mit Behinderungen?

Das Zuhause mag für die meisten ein sicherer Ort sein, aber für viele Frauen, Mädchen, nichtbinäre und geschlechtsunkonforme Menschen mit Behinderungen ist ihr Zuhause ein Ort der Angst. Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen muss in dieser Krise gezielt bekämpft und verhindert werden. Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt sind wesentliche Dienste. Staaten müssen insbesondere sicherstellen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen Zugang zu Einkommen, Bildung sowie Maßnahmen des sozialen Schutzes ohne Diskriminierung haben, um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten.

Auf was sollten Organisationen achten? Die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Behinderungen sollten differenziert analysiert und Daten nach Geschlecht und Behinderung disaggregiert gesammelt werden. Die Einbeziehung von Frauen mit Behinderung in allen Phasen und in allen Entscheidungsprozessen ist essenziell.

European Disability Forum (2020): Message from Ana Peláez Narváez: [Women with Disabilities and COVID-19](#)

Women Enabled International (2020): [Statement on Rights at the Intersection of Gender and Disability during COVID-19](#)

Ausgangssperren: Repression gegen Arme

Das geforderte Abstand-Halten (social distancing) kann unter Bedingungen extremer Armut in Ballungsräumen kaum funktionieren. Auf dem indischen Subkontinent (aber auch in Südostasien und in vielen afrikanischen Ländern, auch in Lateinamerika ist es für arme Menschen unmöglich, die ganze Zeit zuhause zu bleiben; es ist zu heiß unter Blechdächern, der Raum ist zu beengt. Es fehlt an Geld und Nahrungsmitteln. Konflikte und Gewalt gegen Frauen und Kinder können sehr leicht eskalieren.

Es ist auch unmöglich, erkrankte Personen im Haushalt zu isolieren, wenn das Haus aus einem Raum besteht, in dem eine ganze Familie lebt und es an sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen für die Hygiene zum Schutz vor der Virus-Übertragung fehlt.

Unter solchen Bedingungen werden Ausgangssperren zur Repression gegen arme Menschen. In verschiedenen Ländern werden Menschen von der Polizei schikaniert, geschlagen und getötet.

Politische Konflikte verschärfen sich und werden dazu genutzt, bestimmte Gruppen zum Sündenbock zu machen oder politische Gegner*innen zu inhaftieren.

(WIDE; siehe auch Beitrag von Arundhati Roy unten)

Lockdown in Indien

Einen Einblick in die Realität des „lockdown“ in Indien gibt die Schriftstellerin Arundhati Roy. Die Ausgangssperre für mehr als eine Milliarde Menschen, die vom indischen Premier der hindunationalistischen BJP-Partei, Narendra Modi, ohne jede Vorwarnung oder Vorbereitung vier Stunden nach ihrer

Ankündigung am 24. März um Mitternacht in Kraft trat, hat großes Chaos gestiftet.

Während sich die Reichen und die Mittelschicht in ihren „gated colonies“ einschlossen, wie Roy schreibt, wurden die migrantischen Arbeiter*innen von den Städten „ausgespuckt“. Millionen armer Wanderarbeiter*innen versuchten in den folgenden Tagen, ihre oft hunderte Kilometer entfernten Heimatdörfer zu erreichen, zu Fuß wegen fehlendem Transport, was nicht alle schaffen.

Nach einer Woche „lockdown“ waren Versorgungsketten unterbrochen und es kam zu Medikamentenengpässen. Die Ernte auf den Feldern konnte nicht eingebracht werden. Gesundheitssysteme, die so schlecht ausgestattet sind, dass jedes Jahr fast eine Million Kleinkinder wegen Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten sterben, können einer Pandemie wie Covid-19 nicht standhalten.

Noch habe der Run auf die Spitäler nicht eingesetzt, so Roy, noch weiß man nicht, was genau passieren wird. Viele Menschen werden wahrscheinlich still und leise zu Hause sterben, auch an anderen Krankheiten, die bereits jetzt nicht (mehr) behandelt werden.

Roy, Arundhati (3.4.2020): [‘The pandemic is a portal’](#)

Besser auf die Pandemie vorbereitet als der Staat ist der indische Bundesstaat Kerala – seit langem links regiert -, wo das Gesundheitssystem besser ausgestattet ist. Es wurden früher Präventions- und Eindämmungsmaßnahmen ergriffen, klar kommuniziert und soziale Folgen berücksichtigt.

Kurian, Oommen C (21.4.2020): [How the Indian state of Kerala flattened the coronavirus curve](#)

Informeller Sektor: Soziale Sicherheit dringlicher denn je

Durch Regeln wie Distanzhalten und Bewegungseinschränkungen verlieren viele informell Beschäftigte ihre Existenzgrundlage. Es ist klar, dass es sich hier für Tagelöhner*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen um eine Überlebensfrage handelt und dass sich die Situation besonders für Frauen verschärfen kann, die oft die Hauptverantwortung für die Versorgung und Betreuung anderer tragen.

2018 publizierte die ILO (International Labor Organisation) auf Basis ihrer Daten die geschätzte Zahl an weltweit informell Beschäftigten: 61% aller Arbeitenden, 2 Milliarden Menschen, sind informell beschäftigt. Die NGO WIEGO argumentiert, damit auch diese Menschen zu Hause bleiben können, müssen von Regierungen Maßnahmen für ihre soziale Sicherheit gesetzt werden.

Der Fokus von finanziellen Unterstützungsmaßnahmen muss auf den Ärmsten und Armen liegen, aber auch die inkludieren, die gerade noch ihr Auskommen finden wie informell Beschäftigte oder prekär Beschäftigte.

Mit Blick auf die sozialen Sicherheitssysteme warnt WIEGO davor, Steuerentlastungen auf Arbeitsgeberseite mit der Krise zu rechtfertigen und langfristig dadurch Versicherungssysteme pleite gehen zu lassen. Es muss soziale Sicherheitspakete in der Krise geben, die allen ermöglichen, Gesundheits- und Hygienemaßnahmen zu setzen, sich nicht (weiter) zu verschulden, einen sicheren Schlafplatz zu haben, notwendige tägliche Ausgaben tätigen zu können und die Betreuung und Pflege Anvertrauter sicher zu stellen.

WIEGO schreibt: „Regierungen müssen die verletzlichsten ihrer Bürger*innen durch Einkommenssicherheit und bezahlten Krankenstand sowie mit Essen und Seife zum Händewaschen schützen. Und sie müssen das jetzt tun – denn wenn nicht, werden Arbeiter*innen, in ihrer Verzweiflung ihre Familien zu ernähren, um Einkommen zu finden auf die Straßen zurückkehren und dass bedeutet ein Risiko für alle.“

WIEGO – Women in Informal Employment Globalizing & Organizing (23.3.2020): [Pandemic: Informal Workers Urgently Need Income Replacement & More Protections](#)

Frauen am Land: In der Krise sind nicht alle gleich

Das südafrikanische Frauennetzwerk Rural Women’s Assembly (RWA) hat in Südafrika über Befragungen mit ihren Zielgruppen einen “Realitätscheck” erarbeitet, was die “Covid-19-Maßnahmen” für informelle Gebiete mit schlechten und bedrängten Wohnverhältnissen bedeuten; was für entlegenen ländliche Regionen; was für die Frauen am Land?

Betreffend das Gesundheitssystem: Es gibt kaum Ausrüstung zum Testen, es fehlt an Schutzkleidung und Personal, gute Dienstleistungen sind privatisiert und für die meisten unerschwinglich.

Betreffend die Frauen: Ihre Belastung im häuslichen Bereich nimmt zu, häusliche Gewalt gegen sie ebenfalls; das Pflegesystem (das vor allem von Frauen getragen wird) kollabiert – es baut auf die informelle oft unbezahlte Arbeit der Frauen auf und war schon vor Covid-19 überbelastet; eine große Zahl an Frauen arbeitet als Hausangestellte und wurde entlassen.

Betreffend Small Farmers: Vor allem Frauen betreiben kleinsten Anbau für den Verkauf; aber durch die Bewegungseinschränkungen können sie lokal nicht verkaufen, hingegen haben große Händler*innen mehr Freiheiten.

Betreffend Verschuldung der Haushalte: Diese nimmt weiter zu.

RWA fordert neue „*Imaginations*“, die auf Solidarität statt auf Marktorientierung basieren; die Bedürfnisse der Menschen sollen vorangestellt werden, vor allem die der ausgegrenzten. RWA fordert auch regionale Zusammenarbeit der Regierungen und die Einbeziehung der lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Armen.

Auf Grund der Geschichte des Landes zeigt sich RWA besorgt wegen dem Einsatz des Militärs.

Rural Women's Assembly (3.4.2020): [Rural Women's Assembly Update on COVID 19: Build People's to People's Solidarity](#)

Zimbabwe: existenzbedrohliche Situationen für Frauen

Frauen sind in Zimbabwe weitgehend in die Selbstversorgung und den informellen Sektor abgedrängt und arbeiten unter prekärsten Bedingungen für das Überleben ihrer Familien. Sie sind bereits durch den Klimawandel schwer belastet und werden durch Naturkatastrophen von Personen abhängig, die Nahrungsmittelhilfe verteilen.

Es ist dokumentiert, dass sich Frauen in diesem Kontext prostituieren (müssen), um an Nahrungsmittelhilfen zu kommen. Die Vergabe von Nahrungsmittelhilfe ist in Zimbabwe auch stark politisiert. In ihrem

Newsletter vom 10.4.2020 informiert das „Center for National Resource Governance“ (CNRG) über die Folgen von Ausgangssperren und wirtschaftlichem „shutdown“ für in den Minenregionen lebenden Frauen in Zimbabwe.

Frauen, die in den Minensiedlungen leben, haben kein fließendes Wasser und müssen die Ausgangssperre missachten, um Wasser zu holen oder Nahrungsmittel zu besorgen, was schwierig ist, weil die informellen Märkte geschlossen sind. Schwangere Frauen erhalten derzeit keine gesundheitliche Betreuung, weil es keinen Transport gibt, und weil auch das Gesundheitspersonal seine Aktivitäten einschränkt, aus Angst, selbst mit dem Virus angesteckt zu werden.

Die ungenügende Ausstattung des Gesundheitsbediensteten mit Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln bedeutet, dass die Spitäler selbst zu Epizentren der Virenausbreitung werden könnten.

Frauen mit Behinderungen haben keinen Zugang mehr zu Physio-Therapien, und auch sie stehen wegen des *lockdown* ohne Erwerbsmöglichkeiten da.

Frauen, die mit HIV leben und für die die antiretrovirale Behandlung zur Stabilisierung ihres Immunsystems gerade jetzt sehr wichtig ist, müssen teilweise lange Fußwege auf sich nehmen, um zu Gesundheitszentren zu gelangen und ihre Medikamente zu erhalten. Sie müssen dabei an Polizeibarrieren vorbei und sind gezwungen, sich zu outen, um passieren zu können.

Frauen, die zum Einkaufen oder aus Erwerbsgründen Ausgangssperren umgehen, können unter Druck geraten und zu sexuellen Gefallen gezwungen werden. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit führt auch dazu, dass Frauen, die häusliche Gewalt erleben, keine Anzeige erstatten oder Schutz finden können.

CNRG plädiert für die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft bei der Pandemie-Bekämpfung, um den Druck auf Frauen möglichst zu verringern.

CNRG (17.4.2020): [WOMEN HARD HIT BY COVID-19](#)

Frauen fordern Zugang zu Wasser und Hygiene

Frauen von Somkhele in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal kämpfen seit Jahren für

ihr Recht auf Wasser. Doch dieser Kampf ist hart und bislang wenig erfolgreich. Menschen in Somkhele, einer Minenregion, stehen in der Eindämmung von Covid-19 dementsprechend erschwerten Bedingungen entgegen, da einer grundlegenden Maßnahme zum Schutz vor Ansteckung, nämlich der gründlichen Hygiene, nicht gerecht nachgekommen werden kann.

Die Community hat in den letzten Jahren mehrere Wassernotstände erlitten und steht mit dem Corona-Virus einer noch größeren Herausforderung hinsichtlich der Wasserbeschaffung bevor.

Der exzessive Gebrauch des Flusswassers durch die Kohlebergbauindustrie und darauffolgende Dürren führten zum vollständigen Austrocknen des Gewässers.

Frauen von Somkhele fordern die Regierung nun auf, Wasserversorgung zu gewährleisten, um den Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus adäquat nachkommen zu können.

Groundwork (2020): [The Water Crisis in a Time of the COVID-19 Crisis - Women of Somkhele and civil society groups call on government to uphold promises and to provide water, in the time of the COVID-19 threat](#)

Ökofeministische Perspektive auf die Covid-19-Krise

Die afrikanische Organisation WoMin, die Frauen* im Kampf gegen den Extraktivismus (extrem ausbeuterischer Bergbau) und dessen negativen Folgen unterstützt, beschreibt die Auswirkungen der Corona-Krise in Afrika, die dort auf zahlreiche andere Krisen wie Erderwärmung, Umweltzerstörung, Armut, Landgrabbing, Hunger, Gewalt gegen Frauen* und bewaffnete Konflikte trifft. Am schlimmsten wirkt sich die neue Krise, wie überall, auf die Ärmsten und Schwächsten aus.

Frühere Epidemien haben gezeigt, dass Frauen* den Löwenanteil der negativen Konsequenzen tragen, u.a. zusätzliche unbezahlte Arbeit und einen Anstieg an häuslicher und sexueller Gewalt. In Afrika ist eine enorme Anzahl von Frauen* von häuslicher Gewalt betroffen.

Ausgangsbeschränkungen, in vielen Ländern strikt gehandhabt, sperren sie mit ihren Peinigern ein und schneiden sie von ihren unterstützenden Netzwerken ab.

Die Ausgangsbeschränkungen bedrohen die Lebensgrundlagen der Armen. Dazu kommen ungenügender Zugang zu sauberem Wasser und Sanitäreinrichtungen, schlecht funktionierende

Gesundheitssysteme, Informationsmangel. Beispiele aus verschiedenen afrikanischen Ländern werden geschildert.

Die African Development Bank (AfDB) hat 3 Mrd. US \$ zur Bekämpfung der Corona-Krise mobilisiert. WoMin bezweifelt, dass das Geld gewöhnlichen Afrikaner*innen zugutekommt, wenn es keinen signifikanten Druck aus der Zivilgesellschaft gibt.

Auch in Afrika beweisen viele aus der Mittelschicht Solidarität und spenden Nahrung, Schutzkleidung, Wasser, Geld, etc. und arbeiten ehrenamtlich. Das ist besonders wichtig, da es im großen informellen Sektor mit Hunderten Millionen Beschäftigten keine Versicherung, Ersparnisse oder sonstige soziale Hilfe gibt.

Als Conclusio stellt WoMin einen vorläufigen 10-Punkte Aktionsplan für Regierungen und kontinentale Gremien vor, darunter: leicht zugängliche Information, gratis Tests und Behandlung, Not-Wasserversorgung und vor allem Anerkennung und finanzielle Wertschätzung der Sorge-Arbeit der Frauen*, Schutzmaßnahmen für von Gewalt betroffene Frauen*, Einbindung der Frauen*initiativen in die Notmaßnahmen während der Covid 19-Pandemie.

WoMin - African Women Unite Against Destructive Resource Extraction (8.4.2020): [COVID-19 Crisis upon Crisis in Africa: an Ecofeminist Perspective](#)

Backlash durch Corona-Pandemie

In ihrem Artikel „*The Coronavirus Is a Disaster for Feminism*“ zeigt Helen Luis auf, wie Männer und Frauen von der Covid-19 Pandemie unterschiedlich betroffen sind. Frauen sind zwar von der physischen Krankheit die durch Covid-19 ausgelöst werden kann, weniger stark betroffen, die ökonomischen und sozialen Auswirkungen treffen Frauen jedoch viel stärker.

Darauf weisen auch Studien über die Langzeitfolgen von Ebola-, Zika-, Schweinegrippe- und Vogelgrippeausbrüchen hin. So zeigt eine Forschung zu Langzeiteffekten der Ebola-Krise auf Geschlechtergerechtigkeit in Westafrika, dass zwar so gut wie alle Menschen in Westafrika Einkommenseinbußen hinnehmen mussten, Männer jedoch schneller wieder auf das Niveau vor dem Ausbruch kamen. Wenn außerhäusliche Care-Arbeit ausfällt, führt das geringere Einkommen und

Teilzeitarbeit dazu, dass Frauen viel häufiger ihren Job zurückschrauben, um wieder die Care-Arbeit zu übernehmen. Das Lebensinkommen, auf das Frauen dadurch verzichten kann sich danach auch langfristig nicht mehr erholen.

Häusliche Gewalt und Müttersterblichkeit nehmen zu, weil medizinisches Personal und Material für die jeweilige Epidemie gebraucht werden. In Sierra Leone, das zu den am stärksten von Ebola betroffenen Ländern gehörte, war die Anzahl der Frauen, die durch Geburtskomplikationen starben, letztlich höher als jene, die durch Ebola verstorben sind. Die Todesfälle durch Geburtskomplikationen wurden jedoch als gegeben hingenommen und bekamen keine Aufmerksamkeit.

Die Autorin ruft dazu auf, dass nicht nur die Maßnahmen, die gegen Covid-19 unternommen werden, gendersensibel sein muss, sondern auch die begleitende und nachfolgende Forschung.

Lewis, Helen (19.3.2020): [The Coronavirus Is a Disaster for Feminism](#)

Flüchtlinge haben ein Recht auf Gesundheit!

70,8 Millionen Menschen weltweit sind von gewaltsamer Vertreibung betroffen und leben als sogenannte Flüchtlinge, Asylwerber*innen, Migrant*innen und staatenlose Menschen (RAMS; Abkürzung für *refugees, asylum-seekers, migrants and stateless persons*) unter besonders prekären Verhältnissen.

Wo nach Gender getrennte Daten vorliegen, liegt der durchschnittliche Frauenanteil an den gewaltsam vertriebenen Menschen bei ca. 50%. In Afrika ist er mit 57% am höchsten. Der Anteil an Kindern unter 18 Jahren ist besonders hoch und liegt laut UNHRC bei 52%.

Diese Bevölkerungsgruppen sind von der Covid-19-Pandemie besonders betroffen und in ihrer Gesundheit und in ihren Menschenrechten gefährdet. Überfüllte Flüchtlingscamps und Aufenthaltszentren erlauben keine *Social Distancing* Maßnahmen, die hygienischen Bedingungen sind katastrophal – Seifen sind Mangelware, sauberes Wasser fehlt häufig - und die gesundheitliche Versorgung bereits vor der Krise mehr als unzureichend bis gar nicht vorhanden.

Der indische Jurist Nafees Ahmad plädiert in seinem Artikel für die Wahrung des Rechts auf Gesundheit von gewaltsam vertriebenen Menschen, deren Verankerung er in diversen menschenrechtlichen Dokumenten verortet. Er kritisiert die Instrumentalisierung von Covid-Bekämpfungsmaßnahmen zur weiteren Zurückdrängung der Rechte von RAMS durch Staaten wie Ungarn, Bosnien oder Südafrika.

Positiv hebt er Portugal hervor, das allen Flüchtlingen, Asylwerber*innen und Migrant*innen in laufenden Verfahren rund um die Aufenthaltserlaubnis provisorische Bürger*innenrechte gewährt und somit den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem.

Dies ist auch eine zentrale Forderung von Nafees Ahmad: Alle RAMS sollten während der Covid-19 Pandemie als Staatsbürger*innen behandelt werden und gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen erhalten, wie dem Gesundheitssystem inklusive mentaler Gesundheitsdienstleistungen, ökonomischer Unterstützung, Wasser- und Energieversorgung. Für Frauen und Mädchen sind besonders zentral auch der Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen, sexueller und reproduktiver Gesundheit und ökonomischer Absicherung.

UNHCR (2019): [Forced Displacement in 2018. Global Trends](#)

Ahmad, Nafees (5.4.2020): [Refugee Rights and Health: The Impact of COVID-19 on Refugee Camps](#)

Österreich: Kritik an Einreisesperre und Lagern

Die Asylkoordination kritisiert die vom Innenministeriums verhängte de-facto-Einreisesperre für Asylwerber*innen als rechtswidrig. Von Flüchtlingen wird derzeit ein Gesundheitsattest verlangt, damit sie die Grenze passieren und einen Asylantrag stellen können.

Gleich zu Beginn der Corona-Krise hat die Asylkoordination, gemeinsam mit 200 kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Österreich und ganz Europa, Spitzenpolitiker*innen der EU und den griechischen Regierungschef zur sofortigen Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln aufgefordert.

Die Initiative „Gesundheit für alle! Lager schließen!“ fordert vor dem Hintergrund der Covid-19-Ansteckungsgefahr auch in Österreich die Auflösung von Massenunterkünften für Flüchtlinge.

Asylkoordination (21.4.2020): [Verbot von Asylanträgen an der Grenze rechtswidrig](#)

Initiative „Gesundheit für Alle! – Lager schließen!“ (April 2020): [GESUNDHEIT FÜR ALLE!](#)

Flüchtlinge mit Behinderungen und Covid-19-Maßnahmen

Nujeen Mustafa ist aus Syrien geflüchtet und engagiert sich als Fürsprecherin für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Eindrücklich beschreibt sie in einem Artikel, was es bedeutet als Mensch im Rollstuhl keine Möglichkeit zu haben sich die Hände zu waschen oder die Toilette zu benutzen, weil die sanitären Einrichtungen im Flüchtlingscamp auf Lesbos nicht behindertengerecht gestaltet sind.

Die Covid-19 Pandemie trifft somit geflüchtete Menschen mit Behinderungen umso härter.

Nujeen Mustafa fordert Regierungen und NGOs auf, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu wahren: Handwaschstationen, Hygieneanlagen, Tests und Behandlungen sollten für alle zugänglich sein; bei der Erarbeitung von Maßnahmen gegen Covid-19 sollten Menschen mit Behinderungen miteinbezogen werden und Informationen zur Prävention von Covid-19 und dem Zugang zu Tests und Behandlung sollten für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen – körperlichen wie auch intellektuellen – zugänglich gemacht werden.

Mustafa, Nujeen (10.4.2020): [COVID-19 doesn't discriminate against refugees with disabilities. Neither should our response](#)

2. MAKROÖKONOMIE: PARADIGMENWECHSEL GEFORDERT

Frauen fordern systemische Änderungen

Felogene Anumo, panafrikanische Feministin und beim internationalen Frauennetzwerk AWID engagiert, weist auf die Zusammenhänge zwischen Unternehmensmacht, Ausbeutung und Naturzerstörung hin.

Die derzeitige Entschleunigung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Bekämpfung der Virus-Ausbreitung zeigt, dass ein Umsteuern Richtung Umweltschutz und sozialer Sicherheit möglich ist, und sie plädiert eindringlich dafür, diesen kritischen Moment für einen Richtungswechsel zu nutzen.

Anumo, Felogene (17.3.2020): [Unchecked Corporate Power paved the way for covid-19 and globally women are at the Frontlines](#)

UN: Multilateralismus und Chance auf ein neues Wirtschaftssystem

António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, fordert dazu auf, dass im Zuge der Eindämmung des Coronavirus und der sozioökonomischen Folgen innovativ und gemeinschaftlich gehandelt wird. Vor allem vulnerable Regionen und Communities müssen besondere Unterstützung erhalten. Um auf soziale und ökonomische Auswirkungen reagieren zu können, drängt die UN auf eine koordinierte multilaterale Herangehensweise. Es werden mehrere Ansätze vorgestellt, die eine Finanzierung dieser Pläne ermöglichen.

Der UN-Generalsekretär appelliert außerdem dazu, dass Covid-19 eine Chance auf ein neues global-gemeinschaftliches Wirtschaftssystem darstellt, das wesentlich besser für Krisen gewappnet ist als das bisherige System. *“Let us remember that we are only as strong as the weakest health system in our interconnected world.”*

UN / Guterres: (31.3.2020): ["The recovery from the COVID-19 crisis must lead to a different economy"](#)

Drohende Entwicklungskrise

Besonders in den Ländern des Südlichen Afrikas drohen, aufgrund Ressourcenmangels, dramatische Folgen durch den Corona-Virus. Das *Southern African People's Solidarity Network* (SAPSN) fordert deshalb die Regierungen der Länder der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) auf, rasch zu handeln, um schwerwiegende Folgen möglichst abzuwenden.

Problematisch ist vor allem die Ausstattung des öffentlichen Gesundheitssystems, insbesondere in ruralen Gebieten. Der Mangel an Krankenhausbetten, medizinischem Personal und Ausrüstung ist überall zu vermerken. Sparmaßnahmen im

Gesundheitssystem in den vergangenen Jahrzehnten, führten dazu, dass Care-Arbeit heute nahezu ausschließlich von Frauen zu Hause ausgeführt wird – auf ihre Schultern fällt die Last der Versorgung der Corona-Erkrankten.

Das SAPSN-Netzwerk fordert somit Ressourcen für den Wiederaufbau eines öffentlichen Gesundheitssystems und für Investitionen in lebensnotwendige Sektoren, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenhalten zu können.

Außerdem wird verlangt, dass für die Bevölkerung medizinische Ausrüstung bereitgestellt, Menschen, die ihrer Lohnarbeit aufgrund von Ausgangssperren nicht nachgehen können, finanziell zu unterstützen, sowie die regionale Lebensmittelversorgung gesichert wird.

SAPSN (2020): [COVID-19 pandemic: Statement by the Southern African People's Solidarity Network \(SAPSN\), As Southern Africa faces a socioeconomic catastrophe we must break with capitalist globalisation and neoliberalism](#)

Verschränkte Krisen und Kämpfe

Die Corona-Krise zeigt wie die Klimakrise ähnlich deutlich, dass nicht alle Menschen im selben Ausmaß von Zusammenbrüchen des Systems betroffen sind.

Frauen haben es in Notsituationen global betrachtet besonders (unterschiedlich) schwer: Sie sind strukturellen Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt, übernehmen aber als systemerhaltende Care-Arbeiterinnen zusätzliche Lasten, um staatliche Defizite aufgrund von Austeritätspolitiken auszugleichen, bei gleichzeitigen drohenden langfristigen negativen Auswirkungen.

Insofern ist der Kampf gegen die Krisen auch ein dezidiert feministischer Kampf, um die gesellschaftliche Stellung der Frauen(arbeit) und der Abwehr von konservativen backlashes.

Women's International League for Peace and Freedom (o.J.): [COVID-19: What has COVID-19 Taught Us about Neoliberalism?](#)

Singano, Mwanahamisi (2020): Nicht aus dem Norden Die Lösung der Klimakrise muss von feministischen Kämpfen im globalen Süden ausgehen. In: [Südlink](#), S. 32

Warum die WHO eine feministische ökonomische Brille braucht

In einem Beitrag in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ argumentieren die Autorinnen, warum es der WHO gut täte, post-Corona eine feministische wirtschaftspolitische Perspektive einzunehmen: weil Gesundheit und Wirtschaft eng zusammenhängen. Aus einer intersektionalen feministischen Perspektive werden Machtverhältnisse und der damit verbundene unterschiedliche Zugang von Menschen zu Ressourcen aufgrund ihres Geschlechts und anderen sozialen Kategorien wie Alter, Schichtzugehörigkeit oder ein bestimmter Minderheitenstatus thematisiert – diese Analysen gilt es auf den Gesundheitssektor anzuwenden.

Laut WHO fehlen bis 2030 18 Millionen Mitarbeiter*innen im Gesundheitspersonal, vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern. 70 Prozent der Arbeitskräfte sind weiblich, und es gibt im Gesundheitsbereich genderspezifische Diskriminierungen, die aus feministischer Perspektive benannt und verändert werden müssen. Die meiste Gesundheitsarbeit wird von Frauen geleistet, aber Entscheidungen liegen überwiegend bei Männern. Soziale reproduktive Arbeit ist systematisch unterbewertet.

Der budgetäre Spielraum, den Entwicklungsländer haben, um ins Gesundheitssystem zu investieren, wird weitgehend von den Politikempfehlungen und den Bedingungen, die mit der Gewährung von Krediten durch die internationalen Finanzinstitutionen einhergehen, bestimmt.

Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die G7 und die G20 machen sich alle für Geschlechtergleichstellung stark. Doch keine dieser Institutionen hat ihre Rhetorik zu Gender-Gerechtigkeit in Bezug auf die Folgen ihrer Austeritätspolitiken hinsichtlich Gleichstellung oder der Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen angewandt.

Die wichtigsten Gründungsmitglieder von IWF und Weltbank und stimmenstärksten Staaten in diesen Institutionen sind G7 und G20-Staaten, darunter Länder wie Kanada, Schweden, Australien und UK, die für eine gender-fokussierte Entwicklungszusammenarbeit eintreten. Zugleich finanzieren sie IWF und Weltbank, deren Politikempfehlungen und Konditionen den budgetären Spielraum

für die Ausstattung von Gesundheitssystemen und fairen Löhnen einengen.

Herten-Crabb, Asha & Sara E. Davies (28.3.2020): [Why WHO needs a feminist economic agenda](#)

Globale Solidarität durch (Wissens)Austausch

In einem Online-Teach-in, organisiert von der Bewegung *The Rising Majority*, diskutieren Angela Davis, Naomi Klein, Thenjiwe McHarris, Cindy Wiesner, Maurice Mitchell und Loan Tran über den globalen Kapitalismus, der entlang der intersektionalen Linien, Gender spezifische, soziale, ökonomische und ethnische Ungleichheiten im Kampf gegen Covid-19 drastisch zum Vorschein bringt.

Nach eingehender Analyse kommen die Diskutant*innen zu Maßnahmen, die es braucht: Vermögensumverteilung, Besteuerung von Großkonzernen, Rechte von Care-Arbeiter*innen und Arbeiter*innen im Allgemeinen stärken, digitale Kommunikation abseits *Social Media* ermöglichen und rufen zu globalem (Wissens)Austausch und globaler Solidarität auf.

The Rising Majority (6.4.2020): [Movement Building in the Time of the Coronavirus: A Rising Majority Teach-In](#) (Video)

Philippinen: Steuergerechtigkeit jetzt!

In Anbetracht der drakonischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie protestiert das auf den Philippinen beheimatete *Asian People's Movement on Debt and Development* (APMDD) gegen eine Politik, die Unternehmen Steuerbefreiungen zugesteht, während das Gros der Menschen – darunter die in Niedriglohnsektoren und im informellen Sektor arbeitenden Frauen – um ihr Recht auf ein überlebenssicherndes Einkommen, sauberes Wasser, ausreichende Ernährung und Gesundheit gebracht wird.

Auf den Philippinen profitiert vor allem der Bergbausektor von Steuerreduktionen und -befreiungen. APMDD rechnet vor, wie viele Labortests, Spitalsbetten und Schutzmasken angeschafft werden könnten, gäbe es nicht den Entfall diverser Steuereinnahmen.

„Es gibt eine Wahl“ – ob diese oder eine andere Politik im Interesse der Bevölkerung gemacht wird. Gefordert wird die Unterstützung von Armen, Straßenverkäufer*innen und

Niedrigverdiener*innen in Form von Nahrungsmittelhilfen, Zugang zu Gesundheit und günstigem Transport.

Asian Peoples' Movement on Debt and Development (18.3.2020): [Tax & Fiscal Justice: Our Revenues for Our Rights! An Open Letter to Policy-Makers in Light of the Covid19 Health Crisis](#)

NGO-Vorschlag an die G-20 zur Mobilisierung von Ressourcen

Entscheidungen der Länder, die in der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer vertreten sind, werden ausschlaggebend dafür sein, wie die mit der Corona-Pandemie einhergehende globale Gesundheits- und Weltwirtschaftskrise bewältigt werden kann.

Die indische NGO Madhyam publizierte im März ein Briefing-Paper, in dem der G-20 Maßnahmen im Bereich der internationalen Finanz- und Handelspolitik vorgeschlagen werden, um der Krise koordiniert zu begegnen und effektiv international zusammenzuarbeiten. Das Paper bietet keinerlei genderspezifischen Analysen, ist aber informativ für die Frage der internationalen Mittelaufbringung.

Singh, Kavaljit (25.3.2020): [Coronavirus: A Seven-Point Action Plan for G20](#)

Oxfam: Ein Rettungspaket für alle!

Der Wirtschaftseinbruch im Gefolge der Corona-Epidemie könnte eine halbe Milliarde Menschen in Armut stürzen, wenn nicht gegengesteuert wird. Oxfam fordert die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die G-20 auf, ein wirtschaftliches Rettungspaket „für alle“ zu schnüren, damit arme Länder soziale Unterstützung an jene Menschen leisten können, die ihre Arbeit bzw. ihre Einkommensmöglichkeit verloren haben.

Besonders wichtig sei die Investition in soziale Sicherheit durch „cash“ an alle, die es zum Überleben brauchen. Hilfen an Unternehmen müssen in verantwortlicher Weise erfolgen, unter Priorisierung von kleinen Unternehmen und nur mit Auflagen – bezüglich der Wahrung von Arbeitnehmer*innen-Rechten, der Interessen von Bäuer*innen und Steuerzahler*innen – für große Unternehmen, um in Richtung nachhaltiges Wirtschaften zu steuern.

Viele reiche Länder – so auch die USA – haben sehr schnell Milliarden-Pakete aufgelegt, um Unternehmen und Arbeiter*innen zu unterstützen; den meisten Ländern des globalen Südens hingegen fehlt es an Finanzkraft für ähnliche Maßnahmen. Die UNCTAD hat den weltweiten Bedarf an Hilfspaketen mit 2,5 Billionen (2.500 Mrd.) US-Dollar beziffert.

Oxfam schlägt vor, dass eine Billion US-Dollar an internationalen Reserven in Form von Sonderziehungsrechten (eine währungsähnliche Verrechnungseinheit des IWF) geschaffen und Staaten in der Krise zur Verfügung gestellt werden sollte.

Eine weitere Billion sollte durch sofortige Aussetzung der Schuldentrückzahlungen von Entwicklungsländern im Jahr 2020 und einen Teilerlass ihrer Schulden aufgebracht werden. Dadurch würden sofort Mittel frei, die für das Gesundheitssystem und Direktzahlungen ausgegeben werden können.

Eine weitere halbe Billion (500 Mrd.) US-Dollar sollte im Rahmen der Entwicklungs-zusammenarbeit aufgebracht werden; davon sollten 160 Mrd. in die Gesundheitssysteme der 85 ärmsten Länder investiert werden. Zudem könnten Krisen-Solidaritätssteuern, wie z.B. eine Steuer auf außerordentliche Profite oder auf die allerhöchsten Privatvermögen weitere Ressourcen mobilisieren.

Oxfam (8.4.2020): [HALF A BILLION PEOPLE COULD BE PUSHED INTO POVERTY BY COVID-19](#)

Oxfam (9.4.2020): [Dignity not Destitution](#)

Auch UN-Forderung: Schuldennachlass und Ungleichheit reduzieren

UN-Generalsekretär Antonio Guterres forderte Anfang April eine sofortige Aussetzung des Schuldendienstes im Jahr 2020 für die ärmsten Länder sowie (Teil-) Schuldenerlass. Er wird mit dieser Forderung vielfach unterstützt, von UN-Teilorganisationen ebenso wie von Weltbank- und IWF-Direktor*innen.

Auch der unabhängige UN-Experte zu Verschuldung und Menschenrechten, Juan Pablo Bohoslavsky, tritt für ein sofortiges Aussetzen der Schuldendienste durch die ärmsten Länder und für die Umstrukturierung bzw. den Erlass ihrer Schulden ein.

Er fordert weiters u.a., dass Schuldentrückzahlungen von privaten Schuldner*innen ausgesetzt werden, ohne dass in dieser Zeit Zinsen anfallen; dass Delogierungen gestoppt und die Versorgung von Haushalten mit Strom und Wasser (wo vorhanden) aufrechterhalten werden. Arme Menschen sollten durch Direktzahlungen unterstützt werden und Mittel in die Verbesserung der Wohnbedingungen, in Ernährung, den Bildungssektor und kleinbäuerliche, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und -Verarbeitung investiert werden.

Die Unterstützung für Unternehmen sollte auf Lohnfortzahlungen und Stützung v.a. von Klein- und Mittelbetrieben zielen.

Es sei jetzt der Moment, dass Regierungen für Verteilungsgerechtigkeit sorgen, was eine progressive Besteuerung von Millionär*innen und Milliardär*innen sowie von Firmenkonglomeraten einschließt, die einen ihrem Vermögen angemessenen Beitrag für die Gesellschaft leisten sollte. Noch nie sei der Handlungsbedarf von Staaten so groß wie jetzt gewesen.

UNICEF (8.4.2020): [Debt relief for the poorest countries critical in fight against COVID-19. Statement by UNICEF Executive Director Henrietta Fore](#)

UN Human Rights Office of the High Commissioner (15.4.2020): [Responses to COVID-19 crisis: UN expert urges more government spending targeting inequality, not big business](#) (Text ist in allen UN-Sprachen verfügbar)

IWF gewährt Schuldennachlass für 25 ärmste Staaten

Am 13. April kündigte IWF-Direktorin Kristalina Georgieva einen Erlass der Ratenzahlungen von Schulden der 25 ärmsten Staaten für 2020 an. Ein wichtiger Schritt, allerdings handelt es sich um Länder, die nur wenige Schulden beim IWF haben, und das Volumen, um das es geht, ist gemessen am globalen Bedarf gering.

Die Mittel kommen aus einem während der Ebola-Krise eingerichteten Katastrophenfonds (CCRT) des IWF. Daraus können ersatzweise Ratenzahlungen an den IWF geleistet werden, um die Haushalte betroffener Staaten zu entlasten.

Mittlerweile haben wegen der Covid-19-Krise über 80 Staaten beim IWF um Kredit angefragt, so viele wie noch nie. Der IWF erklärt sich bereit, seine Reserven zu nutzen,

um bis zu einer Billion US-Dollar an Krediten an die Mitgliedsländer zu vergeben und prüft auch eine neue Vergabe von Sonderziehungsrechten.

DW (14.4.2020): [Wie viel bringt der Schuldenerlass des IWF?](#)

ORF (15.4.2020): [IWF fordert großzügige Konjunkturpakete](#)

IMF (23.3.2020): [IMF Managing Director Kristalina Georgieva's Statement Following a G20 Ministerial Call on the Coronavirus Emergency](#)

Unterfinanzierung der UNO

Während die Vereinten Nationen gerade in der Krise besonders handlungsfähig sein sollten, sind sie vielmehr selbst unter massiven finanziellen Druck geraten.

US-Präsident Donald Trump stempelte die Weltgesundheitsorganisation zum Sündenbock und stoppte die Beitragszahlungen der USA an die WHO.

Neben vielen anderen kritisiert die Organisation *Ipas* diese Politik und macht darauf aufmerksam, dass sich die WHO jüngst dafür eingesetzt hat, dass der Zugang von Frauen zu reproduktiver Gesundheit und Rechten während der Covid-19-Krise erhalten werden muss. In einer von der WHO herausgegebenen klinischen Leitlinie zu Covid-19 heißt es, dass die Entscheidungsfreiheit von Frauen und die Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienstleistungen unabhängig von ihrem Covid-19-Status respektiert werden müsse, einschließlich dem Zugang zu Verhütung und sicherer Abtreibung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Die Aktion der Trump-Regierung zeige den alarmierenden Trend, die internationalen Organisationen, die für die Verwirklichung der Menschenrechte arbeiten, zu schwächen.

Ipas ist eine internationale NGO, die sich für das Recht auf sicheren Schwangerschaftsabbruch und Zugang zu Verhütungsmitteln einsetzt; sie arbeitet in 17 Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

CBS-News (4.4.2020): [UN Warns of "Dire" Financial Crisis Due to the Coronavirus](#)

Ipas (15.4.2020): [Ipas statement on Trump Administration halt of funding to WHO, from Anu Kumar, president and CEO](#)

Faire Konzernbesteuerung käme Frauen zugute

Liz Nelson vom Tax Justice Network fordert, dass endlich international eine länderweise Konzernberichterstattung („Country by Country Reporting“) umgesetzt wird, als Basis für eine adäquate Besteuerung von Multis. Denn die Besteuerung sollte in jenen Ländern erfolgen, in denen die Konzerne aktiv sind und nicht dort, wo sie ihren (fiktiven) Sitz haben.

Transnationale Konzerne machen ihre Gewinne vielfach auf der Basis gering entlohnter Arbeiter*innen, darunter – wie in der globalisierten Bekleidungsindustrie – vor allem Frauen, und verschieben ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer. Staaten müssen in die Lage versetzt werden, Steuerflucht zu unterbinden, um ausreichend Mittel zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Dienstleistungen wie Gesundheit und soziale Sicherheit zur Bewältigung der Corona-Krise aufbringen zu können.

Nelson, Liz (2.4.2020): [When the factory gates are bolted shut, women need country by country reporting](#)

Europäische Solidarität: Vorschlag Corona-Bonds

WeMoveEurope promotet die Einführung von Corona-Bonds – von den Euro-Staaten gemeinsam begebene Staatsanleihen, hinter denen eine gemeinsame Haftung der Euro-Staaten steht. Diese Bonds würden vor allem den besonders belasteten südeuropäischen Staaten die Aufnahme von günstigen Krediten zur Krisenbewältigung ermöglichen. Die Petition kann online unterstützt werden:

WeMoveEurope (o.J.): [In times of coronavirus: let's bond!](#)

Attac: Lastenausgleich durch Corona-Vermögenssteuer

Damit nicht wie nach der Finanzkrise 2008/09 die breite Bevölkerung für die Kosten der Krisenbewältigung zahlen muss, tritt Attac für eine Corona-Vermögenssteuer ein.

Der Vorschlag geht dahin, Personen ab 5 Millionen Euro Vermögen einmalig mit einem progressiven Steuersatz zwischen 10 und 60% zu besteuern, verteilt auf fünf Jahre. Insgesamt könnten damit in Österreich rund 70 bis 80 Milliarden Euro aufgebracht werden; mehr als ein Drittel davon allein von Milliardär*innen.

Attac (8.4.2020): [Corona-Lastenausgleich](#)

European Women's Lobby fordert „Care Deal“ für Europa

In einem offenen Brief fordert die European Women's Lobby EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf, soziale Unterstützungseinrichtungen wie Hotlines und Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen, für Migrantinnen, obdachlose Frauen oder von Prostitution betroffene Frauen als „essenzielle Dienstleistungen“ zu deklarieren.

Das Frauennetzwerk appelliert an die EU-Kommissionspräsidentin, die Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter zu priorisieren und im nächsten EU-Budget (2021-2027) genügend Mittel für die Finanzierung von Frauenorganisationen und -Services bereitzustellen, und es brauche Investitionen in den Care-Sektor.

Frauen stellen die Mehrzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen, an den Kassen im Lebensmittelhandel und in der Pflege, und sie leisten überproportional viel unbezahlte Sorge-Arbeit im Haushalt. Die im Care-Sektor geleistete Arbeit wird gesellschaftlich gering bewertet, und ist durch Sparmaßnahmen in den letzten Jahren noch zusätzlich unter Druck geraten.

Die European Women's Lobby fordert einen „Care Deal“ für Europa, der es Frauen und Männern ermöglicht soll, gleichermaßen und gleichberechtigt erwerbstätig zu sein und Sorge-Arbeit zu leisten.

European Women's Lobby (3.4.2020): [Re: COVID-19 pandemic impact on women and girls and immediate responses needed from the European Commission](#)

Weitere Ressourcen

WIDE+ (o.J.): [COVID-19 Crisis from a feminist perspective: overview of different articles published](#)
CFFP (o.J.): [Feminist Resources on the Pandemic](#)

3. TOOLKITS zu GENDER & COVID-19

Neue Technologien für die Arbeit mit Überlebenden von Gewalt

Das Digital Services Toolkit richtet sich an Organisationen, die mit Betroffenen und Überlebenden von häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch/Gewalt arbeiten. In Zeiten von Covid-19 müssen viele NGOs face-

to-face Dienstleistungen durch technologiebasierte Kommunikationsformen (wie Online-Chat, Textnachrichten und Videoanrufen) ersetzen. Dabei müssen bei der Auswahl neuer Technologien die Klient*innen im Zentrum der Entscheidungsfindung stehen. Niederschwelliger Zugang und die Wahrung der Privatsphäre und somit Sicherheit von Überlebenden von Gewalt sind die ausschlaggebenden Kriterien. Um dies zu unterstützen, hat das Netzwerk „National Network to End Domestic Violence“ das Digital Services Toolkit auf Englisch und Spanisch entwickelt. Das Toolkit beinhaltet Orientierungshilfen, Arbeitsblätter, aufgenommene Webinare rund um die Arbeit mit technologiebasierten Tools, inklusive Best Practices. Tipps wie mensch in Zeiten von social distancing Freund*innen unterstützen kann, die Gewalt zu Hause erleben, ist auch auf der Webseite zu finden.

National Network to End Domestic Violence (o.J.): [Digital Services Toolkit](#) (verfügbar auf [Englisch](#) und [Spanisch](#))

Globale Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Genderkluft

In dieser mehrsprachig zusammengestellten Ressourcenseite informiert das (UN) Inter Agency Standing Committee gegen gender-basierte Gewalt über regionale Genderanalysen (arabischer Raum, Afrika, Südamerika und Karibik) und die notwendigen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um eine Vertiefung der Gender-Ungleichheit zu verhindern. Von genderspezifischen Daten, Schutz vor häuslicher Gewalt, Einhaltung von Frauenrechten, Schutz von Care-Arbeiter*innen, universelles und kostenlosem Gesundheitssystem, ökonomischem Empowerment bis hin zur Sicherstellung, dass Grundbedürfnisse gedeckt sind, wird eine globale Umsetzung gefordert.

IASC Gender Based Violence AoR (o.J.): [Tools & Resources for Thematic Areas. Case study/best practices/examples from the field \(COVID-19\)](#)

Covid-19 Informationen in zahlreichen Sprachen

Das Endangered Languages Project hat eine Link-Sammlung erstellt mit Covid-19-Informationen in zahlreichen Sprachen, darunter indigene Sprachen Lateinamerikas (wie Kichwa, K'iche' und Aymara), afrikanische

Sprachen (wie Kinyarwanda, Maasai und Amharisch) sowie Sprachen des asiatischen, amerikanischen, australischen und europäischen Kontinents. Verlinkt werden u.a. Informationen zu der Prävention von Covid-19 in Form von Fact Sheets, Videos, Postern, Infographiken etc. Die Link-Sammlung lässt sich leicht nach Sprache oder Land durchsuchen.

Endangered Languages Project (o.J.): [COVID-19 information by language](#)

Feministische Unterstützung zu Covid-19: Ressourcen aus Afrika

WoMin hat eine Ressourcensammlung zu Covid-19 erstellt. Diese beinhaltet drei Themenblöcke:

- Praktische Tools und einfache Infografiken zu gesundheitlichen Informationen und Hygienemaßnahmen rund um Covid-19 (Sprachen: Englisch, Französisch, Portugiesisch, Xhosa, Zulu, Suaheli und viele mehr)
- Infografiken, Artikel und Tools zu den Themen Zugang zur Justiz, Unterstützung von communities in Zeiten der Krise und zur Umstellung von Meetings und Workshop auf online.
- Politische Analysen, Studien und Artikel zu Covid-19 und sozialer Gerechtigkeit von Vertreter*innen afrikanischer Bewegungen und feministischer Aktivist*innen.

WoMin (o.J.): [An Activist's COVID-19 Resources Pack](#)

Checkliste für Menschenrechte

Human Rights Watch untersucht die menschenrechtlichen Dimensionen und Auswirkungen der Covid-19 Pandemie. „COVID-19: A Human Rights Checklist“ präsentiert 40 Fragen, die menschenrechtsbasierte Antworten auf die Krise leiten können und somit die Bedürfnisse der am meisten vulnerablen Bevölkerungsteile berücksichtigen.

Die Fragen sind gruppiert in drei Themenblöcke: Prävention und Behandlung, menschenrechtsbasiertes Krisenmanagement und Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen von „Social Distancing“.

Auf die Fragen folgen knappe Darstellungen von menschenrechtskonformen wie auch problematischen Covid-19- Maßnahmen verschiedener Staaten, die als Beispiele für Handlungsoptionen dienen.

„COVID-19: A Human Rights Checklist“ schärft das Bewusstsein für blinde Flecken der Covid-19-Maßnahmen und gibt den Leser*innen einen praktischen Leitfaden zur menschenrechtlichen Analyse in die Hand.

Human Rights Watch (14.4.2020): [COVID-19: A Human Rights Checklist](#)

Gefördert durch die

 Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit

Begriffserklärung

COVID-19 ist eine durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 verursachte akute infektiöse Lungenerkrankung bzw. ein akutes respiratorisches Syndrom. (Im Deutschen wird inzwischen vielfach die Schreibweise Covid-19 verwendet.)

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven
Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (+43-1) 317 40 31
office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer und Janine Wurzer

Mitarbeit: Hannah Angerbauer, Beatrix Bücher-Aniyamuzaala, Julia Günther, Karen Knipp-Rentrop, Aleksandra Kolodziejczyk, Eva Lachkovics, Michaela Lutz, Tania Napravnik, Daniela Pfeffer, Sara Soltani

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 4/2020, Gender & Covid-19-Krise, Wien, April 2020 (korrigierte Fassung vom 1.6.2021, S. 4 und 16)

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <http://www.wide-netzwerk.at/index.php/ueber-uns/345-datenschutzerklaerung>